

## 1 **Entwurf: Gerechte und innovative Wirtschaftspolitik**

2

3 Die Wirtschaft muss dem Menschen dienen. Diesen Anspruch darf die SPD nicht aufgeben.  
4 Das *Forum Demokratische Linke – die Linken in der SPD* positioniert sich im Nachfolgenden zu  
5 dem „Wie“.

6 In den letzten Jahrzehnten des Finanzkapitalismus und Neoliberalismus wurde in der SPD hart  
7 um die Definition des Satzes „Die Wirtschaft muss dem Menschen dienen.“ gerungen. Nicht  
8 immer hat die SPD die Definition für die Menschen sichtbar auf der Grundlage von sozialer  
9 Gerechtigkeit und ökologische Nachhaltigkeit formuliert. Während die SPD nach dem Dresd-  
10 ner Parteitag 2009 endlich wieder über die Balance von Staat und Markt diskutierte, sind Teile  
11 der Partei immer noch eindeutig marktorientiert. Diese Tendenz zeigt sich in der Diskussion  
12 aktueller Themen:

- 13 • die Debatten um Freihandelsabkommen,
- 14 • die Positionierung zur Europapolitik,
- 15 • der Suche nach Möglichkeiten und Anreizen zur Finanzierung von Investitionen durch  
16 Private in öffentliche Infrastruktur,
- 17 • die ständigen Privatisierungen von technischer und sozialer Infrastruktur,
- 18 • das als vorrangig formulierte Ziel der „schwarzen Null“ und
- 19 • die Zurückhaltung bei Steuererhöhungen für Reiche und Superreiche, um wichtige In-  
20 vestitionen zu finanzieren.

21 Der DL21 geht es um den Vorrang demokratischer und gemeinwohlorientierter Politik vor ge-  
22 winnorientierten Märkten.

23

## 24 **Gerechte und innovative europäische Wirtschaftspolitik**

25 Wir brauchen eine neue Verständigung in Europa. Wir brauchen eine EU-weite Solidarität statt  
26 eines Denkens, das von marktliberalem Wettbewerb geprägt ist und das Reaktionen nach dem  
27 Muster „Rette sich, wer kann“ hervorruft.

28 Noch immer gilt grundsätzlich das freie Spiel der Finanzmärkte. Noch immer ist das Bündnis  
29 zwischen Finanzmärkten und Realkapital wesentlich stärker als das zwischen Arbeit und Real-  
30 kapital. Obwohl die neoliberale Politik seit der Finanzmarktkrise unter verstärkten Legitimi-  
31 onsdruck geraten ist, wird sie in Europa weiterhin politisch gefördert und durchgesetzt. Unter  
32 dieser Politik leiden Menschen vor allem in Südeuropa. Aber auch bei uns sind Menschen in  
33 Langzeitarbeitslosigkeit, Niedriglöhne und dauerhaft prekäre Beschäftigung abgedrängt. Die  
34 Schere zwischen Arm und Reich öffnet sich so weit wie noch nie.

35 Die Gier nach hohen, kurzfristigen Renditen ist stärker als die Entwicklung einer langfristigen  
36 Strategie. Die jüngsten Reallohnsteigerungen nach einer langen Phase der Reallohnverluste in  
37 Deutschland stehen unter Vorbehalt, denn längst ist das neoliberale Wirtschaftsmodell wieder  
38 salonfähig.

39 Wir brauchen eine neue Verständigung für mehr Sozialstaatlichkeit und europäische Identität.  
40 Wir fordern die Abkehr von der Austeritätspolitik in Europa und die Bereitstellung ausreichender  
41 Finanzierungsgrundlagen für die öffentliche Daseinsvorsorge. Wir brauchen eine neue  
42 Verständigung über einen nachhaltigen Fortschritt, der die Endlichkeit der Ressourcen zum  
43 Ausgangspunkt nimmt und ein qualitatives Wachstum anstrebt.

44 Unsere Hauptforderungen sind daher:

- 45 ➤ Eine EU-Investitionsoffensive für erneuerbare Energien, Forschung und Bildung, Infra-  
46 strukturnetze, ökologische Landwirtschaft, Schutz der Umwelt und des Kulturerbes.
- 47 ➤ Ein europäischer Solidaritätsfonds, um vor allem für junge Menschen neue Arbeits-  
48 plätze zu schaffen.
- 49 ➤ Die Erhöhung der Eigenmittel des EU-Haushaltes durch Besteuerung von Finanztrans-  
50 aktionen und CO2-Emissionen.

51 Weiter muss endlich

- 52 ➤ die Finanzwirtschaft neu geordnet werden. Das heißt im Einzelnen:
  - 53 • Der Finanzsektor muss schrumpfen Banken, die zu groß zum Sterben sind (too  
54 big to fail), darf es nicht mehr geben Dafür braucht es u.a. schärfere Eigenkapi-  
55 talanforderungen für Finanzinstitute.
  - 56 • Austrocknung von Schattenbanken und Steueroasen.
  - 57 • Einführung einer europäischen Finanztransaktionssteuer. Diese Steuer muss  
58 den Handel mit Aktien, Anleihen, Devisen und Derivaten umfassen.
  - 59 • Einführung eines Finanz-TÜV. Dieser TÜV prüft Finanzprodukte auf ihren sozia-  
60 len und ökonomischen Nutzen und entscheidet über ihre Zulassung.
  - 61 • Ausbau der betrieblichen Mitbestimmung und der Unternehmensmitbestim-  
62 mung in der Finanzwirtschaft.
- 63
- 64 ➤ die europäische Integration auf dem Feld der Wirtschafts- und Sozialpolitik weiterent-  
65 wickelt werden. Dafür braucht es
  - 66 • ein gemeinsames europäisches Schuldenmanagement (Euro-Bonds),
  - 67 • eine europäische Koordinierung der nationalen Einkommens-, - und Steuerpoli-  
68 tiken.

69

70 **Gerechte und innovative Freihandelsabkommen TTIP, TISA und CETA**

71 Die Freihandelsabkommen Europas mit Kanada und den USA sind Ausdruck einer auf reinem  
72 Wettbewerb und Gewinnorientierung ausgerichteten und letztlich Demokratie und Staat aus-  
73 hebelnden Wirtschaftspolitik. Durch die Freihandelsabkommen besteht die Gefahr, dass

- 74 ➤ die Standards zentraler Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, abge-  
75 senkt,
- 76 ➤ ausschließlich Rechte und Renditeansprüche der Kapitaleseite geschützt und
- 77 ➤ soziale Rechte, Rechte von Verbraucherinnen und Verbrauchern sowie Umweltstan-  
78 dards gesenkt werden,

- 79       ➤ die kulturelle Eigenständigkeit der Länder Europas gefährdet wird,  
80       ➤ entwicklungspolitische Herausforderungen vernachlässigt werden,  
81       ➤ durch Investitionsschutz und Regulierungsrate demokratische Politik den Interessen  
82       von Konzernen untergeordnet wird.

83       Zudem sind die behaupteten ökonomischen und arbeitsplatzschaffenden Wirkungen fraglich  
84       bzw. ausschließlich auf internationale Großkonzerne beschränkt. Die Freihandelsabkommen  
85       verbessern damit nicht die Lebensbedingungen der Menschen, sondern dienen ausschließlich  
86       der Sicherung und Verbesserung der Profite von Großkonzernen. Damit sind die Freihandels-  
87       abkommen ein geopolitisches Projekt.

88       Das kann und darf nicht im Interesse eines Europas sein, das wir wollen. Wir wollen ein demo-  
89       kratisches, gerechtes und solidarisches Europa.

90       Unsere Forderung ist daher:

- 91       ➤ Die vom Parteikonvent im September 2014 beschlossenen 14 Punkte an die Freihand-  
92       delsabkommen TTIP und CETA müssen alle gleichermaßen erfüllt werden. CETA darf in  
93       der vorliegenden Fassung nicht ratifiziert werden.  
94       ➤ Weitere Entscheidungen zu den Freihandelsabkommen werden mindestens auf einem  
95       Bundesparteitag gefasst.  
96       ➤ Die Sozialdemokratie in der EU benötigt eine gemeinsame wirtschaftspolitische Stra-  
97       tegie.  
98

99       **Gerechte und innovative nationale Wirtschaftspolitik**

100       Immer noch wird auch in Deutschland von den meisten, sich als unabhängig bezeichnenden,  
101       Ökonomen die These vertreten, ungleiche Verteilung sei förderlich für Wirtschaftswachstum  
102       und in Deutschland gäbe es keine Notwendigkeit des Handelns:

103       *„Ausgehend von der Analyse der Einkommens- und Vermögensverteilung er-  
104       kennt der Sachverständigenrat aktuell in Deutschland keine beunruhigenden  
105       Entwicklungen hinsichtlich einer sich immer weiter öffnenden Schere zwi-  
106       schen Arm und Reich. . . Demnach gibt sich akut kein wirtschafts- oder ar-  
107       beitsmarktpolitischer Handlungsbedarf.“ (Sachverständigenrat zur Begut-  
108       achtung der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung, JG 2014/15, Seite 281.)*

109       Diese Deutung der Mainstream-Ökonomie, der insbesondere konservative Medien folgen,  
110       wurde in Deutschland auch von großen Teilen der Politik aufgegriffen.

111       Aber:

112       *„Die Verteilungsfrage ist zu wichtig, um sie allein den Ökonomen, Soziolo-  
113       gen, Historikern und Philosophen zu überlassen. Sie interessiert jedermann,  
114       und das ist gut so.“ (Thomas Piketty 2014, Seite 14 ff.)*

115       Denn:

- 116 ➤ Ungleichheit belastet den Wohlstand und die Wohlfahrt der Gesellschaften. (Wilkin-  
117 son und Pickett)  
118 ➤ Ungleichheit schadet Wachstum und Beschäftigung. (Stiglitz)  
119 ➤ Ungleichheit kann die wirtschaftliche Stabilität durch Schuldenanstieg gefährden. (Cy-  
120 namon Fazzari)  
121 ➤ Ungleichheit schade laut OECD der Verteilung des Wohlstands und bremst wirtschaft-  
122 liches Wachstum.

123 In Deutschland sind die Einkommen deutlich ungleicher verteilt als vor 20 Jahren. Es gibt eine  
124 extrem ungleiche Verteilung des Vermögens und eine hohe Konzentration von Erbschaften.

125 Das hat soziale und politische Folgen:

- 126 ➤ Beeinträchtigung der Lebensqualität, Beeinträchtigung der Chancengleichheit, stei-  
127 gende Armutsquote, zunehmende soziale Spaltung und soziale Segregation, steigende  
128 Abhängigkeit der unteren Einkommensschichten von staatlichen Transfers,  
129 ➤ Zunehmende Wahlenhaltung von einkommensschwachen, bildungsferneren Wähler-  
130 schichten, Schwächung des Staates durch öffentliche Armut bei gleichzeitig höher  
131 werdenden privatem Reichtum.

132 Unsere Forderungen sind:

- 133 ➤ Gerechtere Primärverteilung durch  
134 • Stärkung der Gewerkschaften und der Tarifautonomie bzw. der Flächentarif-  
135 verträge, insbesondere in Dienstleistungsberufen,  
136 • Mindestlohn ohne Ausnahmen und Anhebung des Mindestlohns und der Re-  
137 gelsätze,  
138 • Equal pay von Leihbeschäftigung und Stammbeslegschaft vom ersten Tag an,  
139 • gleiche Bezahlung von Männern und Frauen,  
140 • Zurückdrängen von Minijobs und Werkverträgen und weiteren prekären Be-  
141 schäftigungsverhältnissen wie z.B. Praktika, Leih- und Zeitarbeit sowie zeitlich  
142 befristete Beschäftigungsverhältnisse.  
143  
144 ➤ Gerechtere Sekundärverteilung in der Finanzpolitik durch  
145 • Erhöhung des Spitzensteuersatzes bei der Einkommenssteuer,  
146 • direkte Steuern statt indirekte Steuern erhöhen,  
147 • Wiedereinführung einer Vermögenssteuer,  
148 • eine Reform der Erbschaftssteuer, durch die der Staat mindestens 10 Mrd. Euro  
149 pro Jahr einnimmt,  
150 • Abschaffung der Abgeltungssteuer und Besteuerung von Kapitalerträgen mit  
151 dem persönlichen Einkommenssteuersatz.  
152 • Konsequente Verfolgung von Steuerhinterziehung  
153

154 **Gerechte und innovative Investitionspolitik**

155 Wir haben erlebt, dass die Einlagen der Banken nicht genügend vor den Risiken von Finanz-  
156 spekulationen geschützt sind. Wir benötigen jedoch [billige] Kredite für die Realwirtschaft so-  
157 wie geschützte Einlagen. Dies kann nur über ein Bankensystem verwirklicht werden, in dem  
158 Stabilität Vertrauen erzeugt und in dem Kundengeschäft und Investmentbanking getrennt  
159 werden.

160 Privater Reichtum geht einher mit öffentlicher Armut. Die staatlichen Nettoinvestitionen –  
161 Bruttoinvestitionen abzüglich Abschreibungen - sind seit 2003 im roten Bereich. Das führt  
162 dazu, dass Deutschland seit langem auf Verschleiß fährt und sich die Investitionslücken der  
163 öffentlichen Hand vergrößert haben. Jährlich fehlen allein im Bildungsbereich 45 Mrd. Euro,  
164 für Verkehrsprojekte 10 Mrd. Euro, für öffentliche Krankenhäuser 50 Mrd. Euro und den Kom-  
165 munen fehlen 118 Mrd. Euro.

166 Die öffentliche Investitionsschwäche ist politisch gemacht. Die staatliche Finanznot wurde  
167 maßgeblich verursacht durch Steuersenkungen und die Kosten der Bankenrettung. Noch  
168 heute fehlen Bund, Ländern und Kommunen jährlich mindestens 45 Milliarden Euro aufgrund  
169 der Steuersenkungspolitik zwischen 2005 und 2011.

170

171 Um den Verfall der öffentlichen Infrastruktur zu stoppen, müsste jedes Jahr ein zweistelliger  
172 Milliardenbetrag investiert werden. Die Bundesregierung hat sich aber selbst gefesselt. Sie will  
173 weder Steuern erhöhen, noch neue Schulden machen. Und das obwohl die Regierung heute  
174 auf Pump investieren könnte, ohne die europäischen und nationalen Schuldenregeln zu ver-  
175 letzen. Der Verschuldungsspielraum bleibt aber ungenutzt, weil der schwarze Finanzminister  
176 an seinem Prestigeobjekt der „schwarzen Null“ festhält.

177 Deswegen versucht Wirtschaftsminister Gabriel jetzt die Investitionslücke mit privatem Kapi-  
178 tal zu schließen. Dafür hat er eine Expertenkommission beauftragt, die ihren Bericht im April  
179 vorgelegt hat. Die Gewerkschaften kritisierten im Kommissionsbericht die geplante private Fi-  
180 nanzierung öffentlicher Investitionen. Privates Kapital gibt es nicht zum Nulltarif. Allianz,  
181 Münchner Rück & Co wollen drei bis vier Prozent Rendite, wenn sie ihr Geld in öffentlicher  
182 Infrastruktur anlegen. Das ist teurer als wenn der Staat sich aktuell mit einem Zins von 0,2  
183 Prozent verschuldet. Die Geldhäuser möchten bevorzugt in öffentlich private Partnerschaften  
184 (ÖPP) investieren. Diese Teilprivatisierung wird richtig teuer. Höhere Finanzierungskosten,  
185 eine ineffiziente Bauweise und hohe Anwaltskosten treiben die Kosten in die Höhe. Die Zeche  
186 zahlen die Steuerzahler.

187

188 Wir wollen mehr Investitionen und öffentliche Verantwortung:

- 189 ➤ grundsätzlich organisiert in einem Trennbankensystem,
- 190 ➤ finanziert durch eine stärkere Besteuerung von hohem Einkommen und Vermögen, fi-  
191 nanziert durch historisch niedrig verzinsten Kredite,
- 192 ➤ und eine „Mobilisierung“ privaten Kapitals, die wir nur dann akzeptieren, wenn sie  
193 durch einen öffentlichen Investitionsfonds erfolgt, der Anleihen begibt. Die Planung  
194 und Durchführung der Investitionen muss dabei in öffentlicher Hand bleiben.

195

196

197 **Gerechte und innovative Wettbewerbspolitik**

198 Die grundlegenden Weichen in der Wettbewerbspolitik werden inzwischen auf EU-Ebene gestellt.  
199 Dennoch müssen auch die verbliebenen nationalen Spielräume genutzt werden, um einen Turn-  
200 around in der Wettbewerbspolitik zu schaffen, um die Macht transnationaler Konzerne zu beschrän-  
201 ken und Gemeinwirtschaft u.a. Genossenschaften, kommunale und selbstverwaltete Betriebe zu be-  
202 fördern. Die Mainstream-Ökonomie hat jahrelang versucht, die Gemeinwirtschaft zu diskreditieren.  
203 Gemeinschaftlich genutzte Ressourcen können sowohl der staatlichen Kontrolle als auch reinen Pri-  
204 vatisierungen dauerhaft überlegen sein. Die Sozialdemokratische Partei muss die Diskussion über  
205 „Common goods“ verstärkt aufgreifen. Wir benötigen eine gerechte und innovative sowie solidari-  
206 sche Wettbewerbspolitik.

207 Unsere Forderungen sind:

208 tatsächliche Beschränkung privatwirtschaftlicher Monopole,  
209 Entflechtung des Kapitalbesitzes,  
210 staatliche Unterstützung, vorrangig für kleine und mittlere Unternehmen,  
211 stärkere Förderung der Gemeinwirtschaft,  
212 Beseitigung kartellrechtlicher Beschränkungen für nicht-gewinnorientierte Unternehmen,  
213 einen ermäßigten Mehrwertsteuersatz für fair produzierte und gehandelte Produkte,  
214

215 **Gerechte und innovative Politik der Nachhaltigkeit**

216 Es ist keine nachhaltige Politik, wenn umweltschädliche Produktions- und Konsumweisen erst mit –  
217 heute mehr als 53 Milliarden Euro im Jahr - subventioniert werden und dann weitere Milliarden aus  
218 dem Haushalt bereitgestellt werden müssen, um Schaden an Umwelt und Gesundheit wieder halb-  
219 wegs zu kompensieren. Unser Rat kann nur sein, umweltschädliche Subventionen systematisch abzu-  
220 bauen." Dies würde nicht nur Umwelt und Gesundheit entlasten, sondern auch neue Finanzierungs-  
221 spielräume schaffen - etwa für den Klimaschutz, die Bildung, die Sanierung von Straßen oder den  
222 Ausbau des öffentlichen Bus- und Schienenverkehrs.

223 Den Flächenverbrauch senken

224 Insgesamt sind die Inanspruchnahme immer neuer Flächen und die Zerstörung von Böden auf die  
225 Dauer nicht vertretbar und sollten beendet werden. Angesichts global begrenzter Landwirtschaftsflä-  
226 chen und fruchtbarer Böden sowie der wachsenden Weltbevölkerung ist der anhaltende Flächenver-  
227 brauch mit all seinen negativen Folgen unverantwortlich. Dies gilt auch und besonders mit Rücksicht  
228 auf künftige Generationen.

229 Unsere Forderungen sind:

230 Eine sozial verträgliche Abschaffung der Entfernungspauschale.  
231 Die Begünstigungen für Unternehmen bei den Energiepreisen werden reduziert und auf energieein-  
232 tensive Unternehmen beschränkt, die dem internationalen Wettbe-werb stark ausgesetzt sind.  
233 Die Steuervergütung für Agrardiesel wird abgeschafft.

234 Einen 'Umweltcheck' für Subventionen, der alle Subventionen auf negative Umwelt-wirkungen unter-  
235 sucht und sie regelmäßig einer Wirkungs- und Erfolgskontrolle unterzieht.

236 Landes- und Regionalplanung stärken und das vorhandene Instrumentarium der Raumordnung zur  
237 Begrenzung der Außenentwicklung zielführend anwenden;

238 schädliche Subventionen die die Außenentwicklung begünstigen, wie die Pendler-pauschale oder  
239 die Förderung der Erschließung von Gewerbegebieten auf der grünen Wiese, abbauen.

240 die Belastung durch weitere Zersiedelung durch eine zweckmäßige Reform der Grundsteuer zu mini-  
241 mieren. Hierzu zahlt ein zonierte kommunales Satzungsrecht, mit dem gezielt baureife oder unge-  
242 nutzte Grundstücke mobilisiert werden können. Weitere Rahmenbedingungen können mit der  
243 Grunderwerbsteuer und I oder Schaffung einer Bauland-Ausweisungs-Umlage oder einer Neuer-  
244 schließungsabgabe verbessert werden.

245 Neubau von Gebäuden, Bundesfernstraßen und anderer Verkehrsinfrastrukturen reduzieren und  
246 stattdessen Bestehendes instand setzen und verbessern

247

248

249 Quellen

250

251 Papiere der DL, z.B. Forderungen für ein sozialdemokratisches Regierungsprogramm

252 „Europa in der Depression“, Stephan Schulmeister 2014

253 „Wachstum und Beschäftigung“, Michael Dauderstädt, FES, 2014

254 „Wie gerecht ist unsere Gesellschaft“, Hagen Krämer, Hochschule Karlsruhe, 2015

255 „Gesellschaftliche Bedarfe und ihre Finanzierung“, Dierk Hischel, verdi 2014

256 „Stärkung von Investitionen in Deutschland“, Entwurfsfassung der Expertenkommission März  
257 2015

258